

GGR 27.8.2025 - Dringliche Motion «Den Volkswillen respektieren: Nein zum Autobahn-Anschluss Grauholz – auch in der Regionalkonferenz!»

Votum von Bruno Vanoni (Motionär)

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich die Forderungen der Motion und ihre Begründung nicht gross wiederholen. Denn: Wir haben ausführlich begründet, weshalb der Gemeinderat auf Distanz zur Idee eines neuen Autobahn-Anschlusses gehen und in der Regionalversammlung entsprechend auftreten und stimmen soll:

- Der Entscheid ist verkehrstechnisch und nach dem Volkssentscheid vom letzten November demokratiepolitisch geboten,
- er wäre für den Gemeinderat nach seiner Einsprache gegen den Autobahn-Ausbau nichts als konsequent und glaubwürdig,
- der Halbanschluss ist schädlich für Regionsgemeinden,
- er ist regionalpolitisch überholt,
- und es wäre voreilig, ja sogar gefährlich, wenn die Regionalversammlung daran festhalten würde.

Vielleicht ist eine detaillierte Begründung jetzt mündlich auch nicht nötig, weil die Meinungen dazu längst gemacht sein dürften. Die Idee eines zusätzlichen Autobahn-Anschlusses ist schon in den 80er und 90er Jahren herumgegeistert – und damals dank dem Engagement des Vereins Zollikofen ohne Entlastungsstrasse (ZOE) für zwanzig Jahre beerdigt worden. Aber seit ein paar Jahren ist sie (vor allem auf Drängen des früheren Verkehrsplaners und Gemeindepräsidenten von Ittigen) immer wieder auf den Tisch gekommen – aber wiederholt vom Bundesamt für Strassen (Astra) wieder ad acta gelegt worden.

Auch in der Regionalkonferenz hat der Halbanschluss eine lange Vorgeschichte, aber es hat mit dem Volks-Nein zum Autobahnausbau einen Einschnitt gegeben, der die Situation vollständig verändert hat. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort zur Motion, er sei der «MEINUNG», dass der Halbanschluss Grauholz LOSGELÖST vom 8-Spur-Ausbau der Autobahn beurteilt werden kann und dass KEIN KAUSALER ZUSAMMENHANG zwischen den Projekten besteht.

→ Diese «Meinung» kann man vertreten. Aber das zuständige Bundesamt für Strassen (Astra) hat bisher immer eine gegenteilige Meinung vertreten und im Jahr 2020 mit einer «verkehrlichen Machbarkeitsstudie» untermauert: Der Halbanschluss Grauholz setzt einen Kapazitäts-Ausbau der Grauholz-Autobahn (und sogar weiterer Autobahn-Abschnitte) voraus bzw. kann erst nach einem solchen Ausbau verantwortet werden. Das wird ja auch im RGSK-Entwurf anerkannt – wie in der Motionsbegründung zitiert: Der Halbanschluss würde «auf ohnehin kritischen Abschnitten» zu einer Zunahme der Auslastung führen, «was sich negativ auf die Verkehrssicherheit und die Stausituation auswirkt». Im Klartext heisst das: mehr Unfälle, mehr Stau und dadurch mehr Ausweichverkehr durch Zollikofen.

→ Die «Meinung» des Gemeinderates kontrastiert auch mit der Aussage aus dem RGSK-Dossier, die er selber in seiner Antwort zitiert: es seien noch vertiefte Analysen nötig, namentlich zur Frage, ob ein HAS Grauholz ohne Spurerweiterung der N1 Wankdorf-Schönbühl «verkehrlich überhaupt machbar» ist. Wenn diese Frage erst noch geklärt werden muss, steht die Meinung des Gemeinderates offensichtlich noch auf unsicherem Boden.

Im 3. Abschnitt der Antwort beruft sich der Gemeinderat auf seine Stellungnahme von 2024 in der Mitwirkung zu einer Studie über das Basisstrassennetz, in der eine «Reduktion des Verkehrs bis zu 25 % auf der Bernstrasse in Zollikofen» behauptet worden ist. In dieser Mitwirkung hat die

Gemeinde Zollikofen auch zur Frage Stellung genommen, ob die Resultate der Studie nachvollziehbar seien.

«Die erwartete Entlastungswirkung des Halbanschlusses für die Bernstrasse in Zollikofen wird im Bericht gegenüber der Astra-Studie 2020 zu hoch dargestellt, welche als Grundlage leider nicht beigezogen wurde.»

→ Die Gemeinde Zollikofen hat also die von der Regionalkonferenz behauptete Entlastung der Bernstrasse um «bis 25%» selber kritisch kommentiert und bemängelt, dass die **Astra-Studie** nicht beigezogen worden ist. Diese hat eindeutig geringere Entlastungswirkungen ergeben, aber auch Mehrverkehr auf Gemeindestrassen. Konkret hat die Astra-Studie gezeigt, dass nur ein Teil der Bernstrasse entlastet würde (nur südlich des Kreuzkreisels) – und dass im Gegenzug ab Kreuz-Kreisel in Richtung Münchenbuchsee und auf verschiedenen Gemeindestrassen mit Mehrverkehr zu rechnen wäre.

Und noch eine Bemerkung zu einem Wort, das mich geärgert hat, in der Antwort des Gemeinderates zum Antrag 1: Der Gemeinderat bezeichnet die geforderte Ablehnung eines neuen Autobahn-Anschlusses als «willkürlich». Willkürlich ist gemäss Bedeutungs-Wörterbüchern etwas, was nach eigenem Gutdünken, ohne Rücksicht auf sachliche Gegebenheiten, eigenmächtig, beliebig, zufällig, nach Lust und Laune getan wird. Diese (Ab-)Qualifizierung möchte ich dezidiert zurückweisen. Wir haben in der Motion dargelegt, dass wir uns politisch auf einen klaren **Volksentscheid** berufen und in der Sache auf **verkehrstechnische Fakten und Erfahrungen**.

Aus dem Hinweis des Gemeinderates, dass ein Teil des Verkehrs vom und zum Halbanschluss ausserhalb des Siedlungsgebietes über die Länggasse fliessen würde, ergibt sich ein zusätzlicher Fakt für die Ablehnung der Halbanschluss-Idee: Die Länggasse müsste nämlich ausgebaut und zwischen HAFL und Eichenweg **über ein neues Strassenstück** geführt werden. Gemäss der erwähnten Astra-Studie würde sich der Verkehr auf der Länggasse etwa verdoppeln, und ein Teil des Mehrverkehrs würde via Kreuzstrasse auf die Bernstrasse fliessen.

Die einspurige Unterführung unter der Bahnlinie in Oberzollikofen müsste wohl auch ausgebaut werden; die neue Linienführung der Länggasse zum Eichenweg würde Kulturland vernichten. Interessanterweise hat es in der früheren Mitwirkung der Regionalkonferenz auch ablehnende Stellungnahmen gegeben: vom **Verein Landwirtschaft Bern-Mittelland** (der regionalen Sektion des Berner Bauern Verbands) und vom örtlichen **Verein Landstuhl bleibt grün**, der sich seit über 20 Jahren überparteilich nicht nur für die Erhaltung des historischen Landstuhl-Geländes einsetzt, sondern gemäss Statuten auch generell für die Erhaltung von Kulturland und für die Förderung der Wohnqualität in der Gemeinde Zollikofen.